



Rat der
Europäischen Union

088670/EU XXV. GP
Eingelangt am 18/12/15

Brüssel, den 17. Dezember 2015
(OR. en)

15437/15

Interinstitutionelles Dossier:
2015/0299 (NLE)

EEE 35
AELE 58
STATIS 93
MI 806

VORSCHLAG

Absender:	Herr Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, im Auftrag des Generalsekretärs der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	16. Dezember 2015
Empfänger:	Herr Jeppe TRANHOLM-MIKKELSEN, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union
Nr. Komm.dok.:	COM(2015) 656 final
Betr.:	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über den im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt zur Änderung von Anhang XXI (Statistik) des EWR-Abkommens (Statistiken zu Gesundheitsausgaben)

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2015) 656 final.

Anl.: COM(2015) 656 final



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 16.12.2015
COM(2015) 656 final

2015/0299 (NLE)

Vorschlag für einen

BESCHLUSS DES RATES

**über den im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu
vertretenden Standpunkt zur Änderung von Anhang XXI (Statistik)
des EWR-Abkommens
(Statistiken zu Gesundheitsausgaben)**

BEGRÜNDUNG

1. KONTEXT DES VORSCHLAGS

Zur Gewährleistung der erforderlichen Rechtssicherheit und Homogenität im Binnenmarkt muss der Gemeinsame EWR-Ausschuss alle einschlägigen EU-Rechtsakte so bald wie möglich nach ihrem Erlass in das EWR-Abkommen aufnehmen.

2. ERGEBNISSE DER KONSULTATIONEN DER INTERESSIERTEN KREISE UND DER FOLGENABSCHÄTZUNGEN

Mit dem Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses, der diesem Vorschlag für einen Beschluss des Rates im Entwurf beigelegt ist, soll Anhang XXI (Statistik) des EWR-Abkommens durch die Aufnahme der Verordnung (EU) 2015/359 der Kommission vom 4. März 2015 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Statistiken über die Kosten der Gesundheitsversorgung und ihre Finanzierung¹ in das EWR-Abkommen geändert werden.

Begründung der beantragten Anpassungen bei der Aufnahme der Verordnung (EU) 2015/359 in das EWR-Abkommen

Einschlägige Bestimmungen:

Artikel 3 und 5, Übermittlung von Daten über die tagesklinische kurative Gesundheitsversorgung (HC.1.2), die tagesklinische rehabilitative Gesundheitsversorgung (HC.2.2), die Langzeit-Tagespflege (Gesundheit) (HC.3.2) und Finanzierungssysteme von Unternehmen (HF.2.3).

Begründung und vorgeschlagene Lösung:

Informationen über die tagesklinische (kurative, rehabilitative) Gesundheitsversorgung und Langzeit-Tagespflege und Finanzierungssysteme von Unternehmen stehen in Liechtenstein nicht zur Verfügung und sind auf nationaler Ebene nicht relevant. Gemäß dem Grundsatz 11 des Verhaltenskodex für Europäische Statistiken müssen die europäischen Statistiken dem Bedarf der Nutzerinnen und Nutzer entsprechen. Prioritäre Anforderungen müssen erfüllt und in den Arbeitsprogrammen von Eurostat und den nationalen Statistikämtern abgebildet werden. Dies bedeutet umgekehrt, dass statistische Daten, die dem Bedarf der Nutzer und Nutzerinnen nicht entsprechen auch nicht erhoben werden müssen.

HC.1.2, HC.2.2, HC.3.2 – Daten zur tagesklinischen (kurativen, rehabilitativen) Gesundheitsversorgung und Langzeit-Tagespflege:

Medizinische Dienstleister in Liechtenstein speichern die Daten zu ihren Behandlungen lediglich getrennt nach den Kategorien ambulante oder stationäre Behandlung. Getrennte Daten für ambulante Behandlung und tagesklinische Versorgung sind daher nicht verfügbar. Die Daten für die tagesklinische kurative Gesundheitsversorgung (HC.1.2) werden jedoch zusammen mit den Daten für ambulante kurative Behandlungen (HC.1.3) erfasst, die Daten für tagesklinische rehabilitative Gesundheitsversorgung (HC.2.2) gemeinsam mit den Daten für ambulante rehabilitative Behandlung (HC.2.3) und die Daten für Langzeit-Tagespflege (HC.3.2) gemeinsam mit den Daten für ambulante Langzeitpflege (HC.3.3).

¹ ABl. L 62 vom 6.3.2015, S. 6.

Daher wird folgende Anpassung vorgeschlagen:

„Liechtenstein ist von der Übermittlung separater Daten für die tagesklinische kurative Gesundheitsversorgung (HC.1.2), die tagesklinische rehabilitative Gesundheitsversorgung (HC.2.2) und die Langzeit-Tagespflege (Gesundheit) (HC.3.2) befreit; diese Daten sind in den übermittelten Daten über die ambulante kurative Gesundheitsversorgung (HC.1.3), die ambulante rehabilitative Gesundheitsversorgung (HC.2.3) bzw. die ambulante Langzeitpflege (Gesundheit) (HC.3.3) enthalten.“

HF.2.3 – Finanzierungssysteme von Unternehmen:

In Liechtenstein stehen keine Informationen zu Finanzierungssystemen von Unternehmen zur Verfügung. Außerdem ist der Anteil der Gesundheitsausgaben in Unternehmen und den Gesundheitsausgaben insgesamt sehr gering, so dass die Erhebung dieser Daten mit einem unangemessenen Aufwand verbunden wäre. Liechtensteins Befreiung von der Übermittlung separater Daten für HF.2.3 wird von den Vertragsparteien des EWR-Abkommens anhand der Informationen, die das Statistische Amt von Liechtenstein vorlegt, regelmäßig überprüft; das Amt meldet Eurostat, wenn Ausgaben für Finanzierungssysteme von Unternehmen in Liechtenstein nicht mehr vernachlässigbar sind.

Daher wird folgende Anpassung vorgeschlagen:

„Liechtenstein ist von der Übermittlung von Daten über Finanzierungssysteme von Unternehmen (HF.2.3) befreit. Diese Befreiung wird vom Gemeinsamen EWR-Ausschuss überprüft, wenn die von Liechtenstein übermittelten Daten zeigen, dass die Ausgaben für Finanzierungssysteme von Unternehmen in Liechtenstein nicht mehr vernachlässigbar sind.“

3. RECHTLICHE ASPEKTE DES VORSCHLAGS

Der im Namen der Union zu vertretende Standpunkt zu solchen Beschlüssen wird nach Artikel 1 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2894/94 des Rates mit Durchführungsvorschriften zum EWR-Abkommen auf Vorschlag der Kommission vom Rat festgelegt.

Die Kommission legt dem Rat den Entwurf des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses zur Annahme als Standpunkt der Union vor. Die Kommission hofft, ihn baldmöglichst dem Gemeinsamen EWR-Ausschuss unterbreiten zu können.

Vorschlag für einen

BESCHLUSS DES RATES

über den im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt zur Änderung von Anhang XXI (Statistik) des EWR-Abkommens (Statistiken zu Gesundheitsausgaben)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 338 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2894/94 des Rates vom 28. November 1994 mit Durchführungsvorschriften zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum¹, insbesondere auf Artikel 1 Absatz 3,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum² (im Folgenden „EWR-Abkommen“) trat am 1. Januar 1994 in Kraft.
- (2) Nach Artikel 98 des EWR-Abkommens kann der Gemeinsame EWR-Ausschuss unter anderem eine Änderung von Anhang XXI (Statistik) des EWR-Abkommens beschließen.
- (3) Die Verordnung 2015/359/EU der Kommission³ ist in das Abkommen aufzunehmen. Informationen über die tagesklinische Gesundheitsversorgung und Finanzierungssysteme von Unternehmen sowie über ambulante Behandlung und tagesklinische Versorgung sind in Liechtenstein nicht verfügbar. Es sollte daher von der Übermittlung solcher Daten befreit werden.
- (4) Anhang XXI (Statistik) des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden –
- (5) Der Standpunkt der Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss sollte daher auf dem beigefügten Entwurf eines Beschlusses beruhen —

¹ ABl. L 305 vom 30.11.1994, S. 6.

² ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3.

³ Verordnung (EU) Nr. 2015/359 der Kommission vom 4. März 2015 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Statistiken über die Kosten der Gesundheitsversorgung und ihre Finanzierung (ABl. L 62 vom 6.3.2015, S. 6).

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Der Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zur vorgeschlagenen Änderung des Anhangs XXI des EWR-Abkommens zu vertreten ist, beruht auf dem diesem Beschluss beigefügten Entwurf des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses.

Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am

*Im Namen des Rates
Der Präsident*